

Regierung erschwert Startups den Zugang zu öffentlichen Aufträgen

- **Statt dem versprochenen Bürokratieabbau droht zusätzlicher Aufwand**
- **Bitkom fordert Nachbesserungen an Vergabebeschieunigungs- und Tarifreuegesetz**

Berlin, 1. August 2025 – Noch im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung Startups einen leichteren Zugang zu öffentlichen Aufträgen und allgemein weniger Bürokratie versprochen. Davon ist nun nicht mehr die Rede: Zwei wichtige Gesetzentwürfe, die das Bundeskabinett in der kommenden Woche verabschieden will, schließen die meisten Startups de facto von öffentlichen Aufträgen aus und sorgen für zusätzliche Bürokratie, auch für andere Unternehmen der Digitalbranche. „Anstatt die angekündigten Erleichterungen umzusetzen, erhöht die Bundesregierung die Hürden für Startups“, stellt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst fest.

So war noch im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden, dass an Startups in den ersten vier Jahren nach Gründung Direktaufträge bis zu 100.000 Euro möglich sein sollen, wenn es um innovative Produkte oder Services geht. Außerdem sollte das geplante Tarifreuegesetz in diesen Fällen nicht angewendet werden. Doch von beiden Ausnahmen ist in den Entwürfen zum Vergabebeschieunigungs- und dem Bundestarifreuegesetz nichts zu finden. „Damit fehlt den Verwaltungen der Zugang zu den innovativen Lösungen von Startups, gleichzeitig fehlt Tech-Startups der Staat als Ankerkunde“, so Wintergerst. „Statt den Vergabeprozess komplizierter zu machen, sollte die Zusammenarbeit zwischen Startups und Verwaltungen intensiviert werden.“ In einer aktuellen Bitkom-Umfrage unter 152 Tech Startups haben 90 Prozent angegeben, dass die Vereinfachung des Zugangs zu öffentlichen Aufträgen eine wichtige politische Maßnahme der neuen Regierung wäre. Wintergerst: „Die Koalition sollte hier noch vor dem Kabinettsbeschluss nachbessern und ihr Versprechen an die Startup-Szene einlösen.“

Aber nicht nur für Startups werden die Hürden erhöht. So schafft die geplante Bundestarifreuegeregung für alle Unternehmen zusätzliche Bürokratie, um die Einhaltung der Vorgaben nachzuweisen. „Gerade in der Digitalwirtschaft sind Tarifverträge nicht üblich. Dennoch werden vielfach bei hohen Standards auch überdurchschnittlich außergewöhnlich gute Gehälter gezahlt. Den Aufwand, dies für öffentliche Aufträge nachzuweisen, werden aber viele Unternehmen scheuen und sich auf ihre Kunden in der Wirtschaft konzentrieren“, so Wintergerst. „Das Tarifreuegesetz wird zum Hemmschuh für die Digitalisierung der Verwaltungen.“

Kontakt

Andreas Streim

Pressesprecher

Telefon: +49 30 27576-112

E-Mail: a.streim@bitkom.org

[Download Pressefoto](#)

David Kregler

Referent

[Download Pressefoto](#)

[Nachricht senden](#)

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die [Bitkom Research](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 152 Tech-Startups aus Deutschland online befragt. Die Befragung fand im Zeitraum von KW 12 bis KW 21 2025 statt. Die Umfrage ist nicht repräsentativ,

gibt aber ein aussagekräftiges Stimmungsbild für Tech-Startups in Deutschland.

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Regierung-erschwert-Startups-Zugang-oeffentliche-Auftraege>